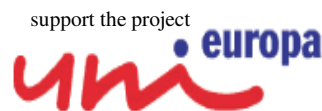




collaborate in name of members



**ZBORNICA ZA
RAZVOJ
SLOVENSKEGA
ZASEBNEGA
VAROVANJA**



Strengthening Social Dialogue in Private Security Industry – Networking and Set-up of Mutual Assistance in the EU’s Eastern New Member and Candidate Countries

GD Employment, Social Affairs and Equal Opportunities VS/2007/0524 - Industrial Relations and Social Dialogue

Responsible Body: ZBORNICA ZA RAZVOJ SLOVENSKEGA ZASEBNEGA VAROVANJA

ABSCHLUSSBERICHT

1. Projektdurchführung (zur Veröffentlichung bestimmt)

1.1. Ausgangspunkt des Projekts

Auf Grundlage vorhandener Studien ist es möglich festzustellen, dass im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit in den neuen EU-Mitgliedsländern im Bereich des sozialen Dialogs eine Reihe von Problemen vorhanden ist. Hierzu gehören das unverständliche Preis- und Lohndumping und die daraus resultierenden Probleme bei der Dienstleistungsqualität sowie das negative öffentliche Bild dieser Branche. Hierzu gehören auch die Probleme, die aus der zu großen Nähe der staatlichen Institutionen (Innenministerium; Polizei und anderen Behörden) zur Wirtschaftstätigkeit der privaten Sicherheitsdienste hervorgehen. Darüber hinaus müssen hierzu die Umstände hinzugefügt werden, dass der Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit bisher nicht harmonisiert ist und dass insbesondere bei den neuen EU-Mitgliedsländern in diesem Tätigkeitsbereich bedeutende Unterschiede, insbesondere hinsichtlich der gesetzlichen Regelungen und Beziehungen der Behörden zu diesem Tätigkeitsbereich sowie im allgemeinen der Statusregelung dieses Tätigkeitsbereiches bestehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei diesen Ländern, den neuen EU-Mitgliedsländern bei der privaten Sicherheit für eine relativ neue Wirtschaftstätigkeit mit bedeutenden Unterschieden sowohl im Hinblick auf die Geschäftsbedingungen als auch hinsichtlich des Einflusses des Staates handelt.

Zur Durchführung des Projekts haben wir uns mit allen repräsentativen Kammern bzw. Vereinigungen im Bereich der privaten Sicherheitsdienste in den angeführten neuen EU-Mitgliedsländern, als auch nach vorangehendem Einvernehmen des bevollmächtigten Vertreters der Europäischen Kommission mit den Ländern in Kontakt gesetzt, die sich in den Beitrittsverhandlungen zur EU (Kroatien, Makedonien) befinden. In diesem Zusammenhang wurden alle Mitglieder der europäischen Vereinigung CoESS aus diesem Teil Europas, darüber hinaus jedoch auch andere repräsentative Organisationen auf dem Gebiet von Polen und Bulgarien angesprochen und in das Projekt einbezogen. Auf dem Gebiet von Litauen wurde jedoch ferner der nicht repräsentative Arbeitgeberverband LSA zur Konferenz in diesem Land hinzugezogen. Trotz intensiver Bemühungen war es nicht möglich die Partner

aus Tschechien und der Slowakei und auch nicht aus Estland und Lettland in das Projekt einzubinden. Es ist festzustellen, dass die private Sicherheit in den angeführten Ländern, insbesondere in Tschechien, in der Slowakei und in Lettland ausgesprochen großen Problemen begegnet, dass deren Rechtsstellung schlecht oder überhaupt nicht geregelt ist und dass diese ferner noch nicht entsprechend organisiert ist. Diese Feststellung gilt im nahezu gleichen Maße auch für Litauen, wo jedoch die Gewerkschaftsorganisation im Bereich der privaten Sicherheit verhältnismäßig stark organisiert ist. In Tschechien ist ansonsten ein bestimmter Arbeitgeberverband für private Sicherheit vorhanden, jedoch ohne Kompetenzen bezüglich der Mitwirkung an den Abschlussverfahren von Tarifverträgen.

Auf der anderen Seite wurden alle repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen im Bereich private Sicherheit, die Mitglieder von UNI Europa in das Projekt einbezogen. Im Projekt waren jedoch keine Gewerkschaftsorganisationen aus Kroatien und Makedonien vertreten, die noch keine EU-Mitgliedsländer sind. Am Projekt wirkte jedoch auch die Frauenvereinigung für private Sicherheit WAPS aus Bulgarien als Partner mit. Am Projekt wirkten als Beobachter und Berater aus der BRD auch die repräsentativen Organisationen seitens der Arbeitgeber und seitens der Gewerkschaft im Bereich private Sicherheit mit.

Das Projekt wurde von der europäischen Organisation CoESS im Namen ihrer Mitglieder, als Ganzes jedoch von UNI Europa und der Friedrich Ebert Stiftung unterstützt.

1.2. Projektinhalt

Im Rahmen des Projekts war eine Behandlung der aktuellen Fragen in Bezug auf den nationalen und europäischen sozialen Dialog zwischen den Arbeitgeberverbänden und Branchengewerkschaften im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit in den neuen EU-Mitgliedsländern vorgesehen. Dabei bestand die Absicht des Projektes darin, dass die Zusammenarbeit auf den nationalen Ebenen gestärkt wird, dass die aktuellen Konflikte anhand von internationalen Vergleichen und Modellen der besten Praxis gelöst werden und dass auch andere nationale Branchenorganisationen der Sozialpartner in Begleitung der europäischen Dachorganisationen als auch mit Hilfe der breiten öffentlichen Verständigung aktiviert werden.

Im Projekt wurde der Entwicklungsstand des sozialen Dialogs im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit in den angeführten neuen EU-Mitgliedsländern und in diesem Rahmen insbesondere ermittelt:

- welche Fragen im Rahmen des sozialen Dialogs geregelt werden müssen
- welche Probleme hinsichtlich der Verabschiedung von Tarifverträgen bestehen
- in welchem Umfang die Erscheinung der illoyalen Konkurrenz vorhanden ist
- wie die Problematik im Bereich der Beschäftigung, Berufsqualifikationen, Schulung und Ausbildung, der Arbeitsbedingungen und Gehaltsregelung des Sicherheitspersonals beschaffen ist
- was der Mindestumfang der Fragen ist, die in den Tarifverträgen im Bereich private Sicherheit gelöst werden müssen
- die Problematik der Berufsentwicklung im Bereich private Sicherheit
- wie die Probleme im Bereich der Beziehung zum Sicherheitspersonal und Stress bei der Arbeit des Sicherheitspersonals beschaffen sind

- wie die Beziehung zwischen dem Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit und den Behörden beschaffen ist
- wie die Problematik der öffentlichen Bestellung im Bereich der Dienstleistungen der privaten Sicherheit beschaffen ist
- wie das Verhältnis zwischen der Prävention von Kriminalität und der privaten Sicherheit aussieht
- die Frage der Standardisierung im Bereich private Sicherheit in einzelnen Ländern
- wie die Entwicklungsmöglichkeiten der privaten Sicherheit in einzelnen Ländern aussehen
- wie die Probleme im Bereich Medienüberwachung, Problematik der privaten Sicherheit beschaffen sind
- wie die Möglichkeiten der Harmonisierung des Tätigkeitsbereichs der privaten Sicherheit im Rahmen der EU aussehen

1.3. Projektmethode

Bei der Durchführung des Projekts war der methodische Ansatz von besonderer Bedeutung, dass die Projektpartner in allen Ländern, aus denen die Organisationen stammen, eine Projektsitzung organisiert haben. In die Projektsitzungen in jedem der Länder, der Projektmitglieder, wurden alle Projektpartner sowohl seitens der Arbeitgeber- als auch seitens der Gewerkschaftsorganisationen, darüber hinaus jedoch die zuständigen Vertreter der Behörden und andere für den sozialen Dialog bedeutende Organisationen sowie für den Bereich private Sicherheit bedeutende Institutionen und Vertreter des breiteren Kreises der privaten Sicherheitsdienste im jeweiligen Land, als auch die Vertreter der Öffentlichkeit (Journalisten) einbezogen. Die Programme der Projektsitzungen wurden im Rahmen von zwei programmäßig vorbereiteten Konferenzen konzipiert und darauf jedesmal detailliert auf Grundlage der erarbeiteten Vorschläge der jeweiligen Projektpartner, in dem Land, in dem die Konferenz organisiert wurde, festgelegt. Als methodischer Organisations- und Durchführungsansatz der Projektkonferenzen, jeweils in dem Land des jeweiligen Projektpartners, wurden auch konsequent die Art und Weise sowie die Vorbereitung der jeweiligen thematischen Konferenz durchgeführt. Die Projektpartner haben im Rahmen der jeweiligen thematischen Rahmen, die auf den erwähnten zwei Vorkonferenzen festgelegt wurden, für die einzelne Konferenz, die in deren Land organisiert wurde, selbst eine genauere thematische Einteilung der vorgesehenen inhaltlichen Rahmen der Konferenz als auch die jeweiligen Sprecher für die einzelnen Themen vorgeschlagen. Ebenso haben die Partner für die Konferenz, die in deren Land organisiert wurde, gemeinsam mit den Vertretern der Gewerkschaft in jedem Land einen kompetenten Sprecherkreis für die aktuellen und spezifischen Themen im einzelnen Land vorgeschlagen. Insbesondere haben die Partner bei der Organisation der Konferenzen auf ihrem Gebiet (und zwar die Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter gemeinsam) speziell geladene Gäste und einen breiten Kreis der Konferenzteilnehmer aus deren Land vorgesehen.

Der methodologische Durchführungsansatz der Konferenz war, dass auf der Konferenz die wichtigsten aktuellen Probleme für die Entwicklung des sozialen Dialogs im einzelnen Land im Bereich private Sicherheit präsentiert werden, unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse und des Geschehens im einzelnen Land des Projektpartners, die die Entwicklung des sozialen Dialogs in diesem Land in entscheidendem Maße beeinflussen. In Bezug darauf wurden die angeführten Fragen, insbesondere die Ursachen der Probleme und Stillstände des

sozialen Dialogs, auf der jeweiligen Konferenz nicht nur vorgestellt, sondern in der jeweiligen aktiven Diskussion der Projektteilnehmer und Gäste sowie Teilnehmer an der jeweiligen Konferenz auch im weiteren Sinne geprüft. In Bezug darauf wurden auf den jeweiligen Konferenzen auf Grundlage einer solchen analytischen Diskussion und der Vorschläge in der Regel entsprechende Konferenzbeschlüsse, vor allem in Richtung Festsetzung der Ordnung der Ziele verabschiedet, und zwar der Ziele darüber, welche weiteren Verfahren bzw. Maßnahmen für eine Verbesserung des Standes des sozialen Dialogs im jeweiligen Land erforderlich sind. Dabei war der methodologische Ansatz besonders wichtig, dass zu dieser Diskussion und Gestaltung der Konferenzbeschlüsse auch andere Projektmitglieder herangezogen wurden. Die Zielsetzung dieses methodologischen Ansatzes bestand insbesondere darin, dass hervorgehoben wird, dass es sich um ein EU-Projekt handelt. Deshalb fanden auch alle Projektaktivitäten insbesondere in der Richtung statt, dass sich die Projektmitglieder bei der Klärung der einzelnen Probleme in den einzelnen Ländern dabei gleichzeitig, insbesondere im Rahmen der wechselseitigen Meinungsklä rung, auf gemeinsamer europäischer Ebene bewegen. Auf diese Weise wurde im Rahmen der Projektdurchführung zumindest ein Schritt in Richtung Zusammenschluss der Projektpartner zu einem gemeinschaftlichen europäischen Netz unternommen.

Auf methodologischer Ebene ist auch die Art und Weise der Vorbereitung der einzelnen Konferenzen zu erwähnen. Die Vorbereitung der Konferenzen verlief auf Grundlage der vorangehenden Sitzungen mit den Projektpartnern aus dem Land, in dem die Konferenz organisiert wurde, und durch deren aktive Hinzuziehung zu allen jeweiligen Organisationsvorbereitungen der einzelnen Konferenz. Dabei wurde seitens des Partners gemeinsam jeweils auch ein genaueres Programm jeder Konferenz, und zwar im Rahmen der auf den erwähnten Vorkonferenzen bestimmten Programmausgangspunkte ausgearbeitet. Im Rahmen der vorangehenden Ausarbeitung des Programms der jeweiligen Konferenz haben die Partner (gemeinsam seitens der Arbeitgeber und Gewerkschaften) auch kompetente Sprecher für die vorgesehenen Themen, die für die private Sicherheit in deren Ländern spezifisch und besonders wichtig sind, als auch einen entsprechenden Kreis von Konferenzgästen zur jeweiligen Konferenz hinzugezogen.

Besonders wichtig war auf den Konferenzen die aktive Zusammenarbeit der Vertreter der europäischen Vereinigungen CoESS und der Friedrich Ebert Stiftung sowie des deutschen Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen BDWS, welche jeder aus seinem Blickwinkel die aktuellen europäischen Gesichtspunkte in den festgelegten spezifischen thematischen Abschnitten der jeweiligen Konferenzen vorstellten.

Bei jeder Projektsitzung wurde in Power Point die Vorstellung des Projekts und der Bericht über die bis dahin verrichtete Arbeit, einschließlich der bis dahin getätigten Schlüsselfeststellungen und verabschiedeten Beschlüsse wiedergegeben.

1.4. Projektziele

Das Projekt behandelt die aktuellen Fragen, insbesondere den Stand und die Hindernisse für den nationalen und europäischen sozialen Dialog im Bereich private Sicherheit zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Branchengewerkschaften in den neuen EU-Mitgliedsländern. Dabei bestand die Absicht des Projektes darin, dass die Zusammenarbeit auf nationaler Ebene gestärkt wird, dass die aktuellen Konflikte anhand von internationalen Vergleichen und

Methoden der besten Praxis bewältigt werden und dass auch andere nationale Branchenorganisationen der Sozialpartner in Begleitung der europäischen Dachorganisationen aktiviert werden. Das Ziel des Projekts bestand auch darin, mit Hilfe der Hinzuziehung der repräsentativen Partner, der zuständigen Behörden und anderen öffentlichen Institutionen sowie der öffentlichen Verständigung, die Bedeutung des sozialen Dialogs in den beteiligten Ländern im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit zu bestärken.

Das Hauptziel des Projekts bestand darin, die Bedeutung der Branche vom Wert her anzuheben, was im Hinblick auf die oben angeführten großen Probleme dringend notwendig ist. Dies sollte durch die Steigerung der Möglichkeit von internationalen Kontakten und Abkommen als auch durch die Erzielung einer zuverlässigeren Grundlage bei den nationalen Vereinigungen der Sozialpartner geschehen. Dabei wurde den Projektpartnern überlassen (sowohl seitens der Arbeitgeber als auch seitens der Gewerkschaft), im Rahmen der organisierten nationalen Konferenzen und deren vorgesehenen inhaltlichen Rahmen bei aktiver Zusammenarbeit der eingebundenen europäischen Organisationen und deutschen Partner den bestehenden Stand und die Probleme in diesem Bereich zu ermitteln und die Möglichkeiten für deren Überwindung festzulegen.

Ein bedeutendes Projektziel war auch, dass auch Länder in das Projekt einbezogen werden, die bislang nicht am europäischen sozialen Dialog im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit teilgenommen haben, und diese beim Projekt durch entsprechende Aktivitäten dazu zu bewegen, sich in einem bestimmten Maße zu engagieren. In Bezug darauf wurde im Laufe der Projektdurchführung auch zu einem beträchtlichen Teil die Möglichkeit realisiert, die Sozialpartner im Bereich private Sicherheit in das Projekt einzubinden, die bislang nicht in den repräsentativen europäischen Vereinigungen eingebunden sind, und dass diese in diesem Projektrahmen auf der nationalen Konferenz an diesem Projekt mitwirken. In diesem außerordentlich wichtigen Bereich wurden im Zeitraum der Projektdurchführung einige wesentlichen Bewegungen unternommen, insbesondere durch die Hinzuziehung der repräsentativen Organisationen seitens der Arbeitgeber und der Gewerkschaft in Polen zum Projekt und durch die Organisation der äußerst erfolgreichen Konferenz in Warschau. Einen äußerst bedeutenden Erfolg stellt auch die Durchführung der Konferenz in der Republik Kroatien dar, an welcher auch der Vertreter der nationalen Gewerkschaftsorganisation teilgenommen hat, und infolge dessen es in Kroatien sogar zum Abschluss eines entsprechenden Tarifvertrages im Bereich private Sicherheit kam. Einen wichtigen Erfolg stellte auch die Organisation der Konferenz in Litauen dar, an welcher auch der Arbeitgeberverband teilnahm (der sich jedoch erst in den Anfängen seiner Organisation befindet).

Wie bei den vorgestellten Zielen im Vorschlag dieses Projekts geäußert wurde, stellt die Durchführung dieses Projekts, deren Erfolg die Erwartungen sogar überstiegen hat, in der Tat nur den ersten Schritt für die Entwicklung des sozialen Dialogs innerhalb des Tätigkeitsbereichs der privaten Sicherheit in diesem Teil Europas dar. Im Rahmen der Durchführung dieses Projekts ist es gelungen die Schlüsselfragen im Bereich des sozialen Dialogs im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit in diesen Ländern, den Projektmitgliedern, zu thematisieren, den bestehenden Stand reell zu ermitteln und bei bestimmten Partnern sogar bedeutende positive Bewegungen zu erzielen.

Im Hinblick auf den ermittelten Sachverhalt, der jedoch leider ein unbefriedigendes Niveau des sozialen Dialogs in diesem Tätigkeitsbereich in diesem Teil Europas und sogar

schwerwiegende Probleme für die Durchführung dieser Tätigkeit selbst darstellt, ist es für die Effizienz dieses Projekts zwingend erforderlich (was wir bereits in dessen Vorschlag vorhergesehen haben), dass dieses Projekt mit der zweiten Phase auf Grundlage der Ausgangspunkte der Schlussfeststellungen dieses Projekts als dessen Ausgangspunkt fortgesetzt wird. Den inhaltlichen Rahmen der Fortsetzung dieses Projekts, das heißt der zweiten Phase, stellen wir am Ende dieses Berichts nach der Vorstellung der Schlussfeststellungen dieses Projektes vor.

1.5. Partnerorganisationen des Projektes

Aus Slowenien:

- Zbornica za razvoj slovenskega zasebnega varovanja, ZRSZV – der Träger auf Projekt
- Sindikat komunale, varovanja in poslovanja z nepremičninami Slovenije, SKVNS

Aus Polen:

- NSZZ Solidarnosz
- PZP Ochrona

Aus Kroatien:

- Croatian Security Association, HCZ

Aus Ungarn:

- Magyar Biztonsági Vállalkozások Munkaadói Szövetsége, MBVMSZ
- Vagyonvédelmi Szakszervezetek Szövetsége, VSZSZ

Aus Rumänien:

- Romanian Security Industry Association, ARIS
- Employs Security Services - PatroSec
- GUARD Romunia, Cartel Alfa
- Cartel Alfa – International Dep.
- Cartel Alfa Caras-Severin

Aus Bulgarien:

- National Association of Industrial Security Companies, NAFTSO
- Confederation of Branch Organisations in the Private Security Sector, CBOPSS
- Guards and Security Employees National Trade Union, GSENTU
- Women Association in Private Security, WAPS

Aus Litauen:

- Lithuanian Service Workers Trade Union, LPSDPS

Aus Deutschland (als Beobachter und Berater)::

- Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen, BDWS
- Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, Ver.di

Aus Mazedonien (als Beobachter):

- Chamber of the Republic of Macedonia for private security, KRMO

1.6. Projektdurchführung

Die erste Planungskonferenz fand in den Tagen vom 14. bis zum 15.02.2008 in Ljubljana statt. An der Konferenz nahmen die Vertreter von Litauen, Bulgarien (jedoch nur von den Arbeitgeberverbänden CBOPSS, WAPS und der Gewerkschaft GSENTU, nicht jedoch vom Arbeitgeberverband NAFTSO, der die Zusammenarbeit mit CBOPSS anfangs ablehnte), Ungarn, Slowenien, Polen, Rumänien und Deutschland (letzterem als Beobachter und Berater) teil. Im Rahmen des Treffens trafen die Partner eine Vereinbarung bezüglich des Planverlaufs der Durchführungen der einzelnen Konferenzen und bezüglich der gemeinsamen Konferenzthemen und legten die einzelnen spezifisch wichtigen Themen der Projektmitglieder fest. Auf diese Weise wurde vereinbart, dass im Rahmen jeder einzelnen internationalen Konferenz im jeweiligen Land nachstehende gemeinsame Themen behandelt werden:

- Stand des sozialen Dialogs
- Problematik der illoyalen Konkurrenz und Ausführung der Standards im Bereich private Sicherheit
- Problematik der Fachausbildung von Sicherheitspersonal

Später wurde mit Einvernehmen des Vertreters der EU-Kommission auch die Kandidatin für den Beginn der Beitrittsverhandlungen zur EU, die Republik Makedonien als Beobachterin in das Projekt eingebunden.

Als besonderes Ereignis der Planungskonferenz in Ljubljana ist die Unterzeichnung des Tarifvertrages für den Bereich private Sicherheit in Bulgarien zu erwähnen. Der Vertrag wurde von den Vertretern der Arbeitgeberorganisationen CBOPSS und des Gewerkschaftsverbandes GSENTU unterzeichnet.

Es folgten die Anpassungen der Vereinigungen CoESS und NAFTSO hinsichtlich der Mitwirkung am Projekt. In Bezug darauf wurde eine Sitzung der Arbeitgeberpartner des Projekts organisiert, die am 4. April 2008 in Borovet, in Bulgarien stattfand. Auf der Sitzung wurde einstimmig vereinbart:

- dass die Durchführung des Projekts fortgesetzt wird
- dass man versuchen wird mit der Organisation NAFTSO eine Lösung zu finden, damit diese im Projekt bleibt
- dass man versuchen wird die europäische bekannte Vereinigung FES als Fachberater in das Projekt einzubeziehen
- dass der Projektstand dem Vertreter der Europäischen Kommission dargelegt wird
- dass man versuchen wird in der Zwischenzeit ferner den polnischen Arbeitgeberverband in das Projekt einzubinden
- dass die Europäische Kommission um eine Projektverlängerung ersucht wird

Anfang Mai 2008 wurde zwischen den Vertretern der EU-Kommission, der ZRSZV als Projektträger und der CoESS eine dreimonatige Frist für Anmerkungen der CoESS und deren

Anpassung an die ZRSZV und die Projektpartner vereinbart. Im Hinblick auf die Anpassung und auch das erneute Einvernehmen der Vereinigung NAFTAO bezüglich der Mitwirkung am Projekt wurde unverzüglich nach Ablauf der vereinbarten dreimonatigen Frist die zweite Vorkonferenz in Warschau einberufen. Der Zweck dieser Planungskonferenz war neben der zwingend erforderlichen erneuten Anpassung der Projektaktivitäten auch die Einbindung des polnischen repräsentativen Arbeitgeberverbandes PZP Ochrona (der bislang noch kein Mitglied der CoESS ist) in das Projekt. Auf dieser Planungskonferenz wurde das grundsätzliche Einvernehmen des PZP Ochrona bezüglich der Mitwirkung am Projekt in Aussicht gestellt, ebenso wurden jedoch aufgrund der angeführten Verschiebung der Projektdurchführung auch die Termine der einzelnen Konferenzen neu festgesetzt und die Rollen der Partner im Projekt im Bereich der Vorbereitung der Konferenzen in deren Ländern genau festgelegt. Es wurde beschlossen, dass die Konferenzen aufgrund des thematischen Umfangs und der Gewährleistung der Möglichkeit der aktiven Einbindung der staatlichen Funktionsträger, bedeutenden Experten und Projektmitglieder in zwei Tagen organisiert werden. An der Konferenz nahm auch der Vertreter der Friedrich Ebert Stiftung FES, Herr Clemens Rode, teil und bestätigte die Bereitschaft der FES an einer Zusammenarbeit.

Die Durchführung aller internationalen Konferenzen war medientechnisch sowohl durch die Veröffentlichungen in der Presse als auch in anderen Kommunikationsmitteln abgedeckt.

Im Bereich der Organisation der Projektdurchführung stellte die Zusammenarbeit aller tatsächlich wichtigen Organisationen in Bulgarien und Polen, ebenso jedoch auch die Hinzuziehung der zuständigen Gewerkschaft zur aktiven Teilnahme in der Republik Kroatien und die Hinzuziehung des derzeit einzigen Arbeitgeberverbandes (im Ansatz) im Bereich private Sicherheit in Litauen eine bedeutende Leistung dar. Trotz sehr großer Bemühungen gelang es leider nicht die entsprechenden Partner aus Tschechien und der Slowakei und leider auch nicht aus Estland und Lettland in das Projekt einzubinden. In den erwähnten Ländern ist die private Sicherheit als Tätigkeitsbereich statisch schwach organisiert. Wir haben die Verhältnisse insbesondere in Tschechien erforscht, wo eine Gewerkschaftsorganisation für den Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit vorhanden ist, während im Bereich einer entsprechenden Organisation seitens der Arbeitgeber ein Mangel herrscht (es ist zwar ein Verband vorhanden, der jedoch über keine originären Kompetenzen von Arbeitgeberverbänden, insbesondere nicht zum Abschluss von Tarifverträgen verfügt; in Tschechien ist auch keine gesetzliche Regelung der privaten Sicherheit vorhanden, während die Slowakei laut erhaltener Informationen ein sehr strenges bzw. starres Gesetz hat, die Organisiertheit der privaten Sicherheit in der Slowakei selbst ist jedoch unübersichtlich, weshalb wir hier trotz großer Bemühungen keinen Kontakt mit der entsprechenden Institution herstellen konnten).

Nach der Vorkonferenz in Warschau wurde die erste Projektkonferenz am 16. und 17. Juli 2008 in Kroatien in Opatija organisiert. An der Konferenz nahm auch Herr Dirk Hadrich von der Europäischen Kommission mit einem Beitrag über die Chancen des sozialen Dialogs im Hinblick darauf teil, dass Kroatien ein aktiver Kandidat für die Mitgliedschaft in der EU ist. An der Konferenz nahm auch der Vertreter der FES Herr Frank Hantke teil. Unter den bedeutenden aktiven Teilnehmern sind ferner der Vorsitzende der Staatskommission für den sozialen Dialog in Kroatien, als auch der Vorsitzende der Arbeitgeberorganisation und Gewerkschaftsvorsitzende zu erwähnen.

Die Situation in Kroatien ist durchaus nicht einfach, da in diesem Bereich über 2000 Gesellschaften tätig sind und in diesem Tätigkeitsbereich eine sehr harte Konkurrenz herrscht

und demgemäß sehr niedrige Preise der Dienstleistungen des privaten Wachdienstes vorherrschen. Dies spiegelt sich insbesondere im Bereich des Schutzes von Risikoobjekten negativ wider. Auf der Konferenz wurde ein Stillstand im Bereich der Verhandlungsführung bezüglich des sozialen Dialogs festgestellt, wobei jedoch die Vermutungen der kroatischen Gesprächspartner, dass die Konferenz diesen Dialog anregen kann, im Nachhinein wahr geworden sind. In der Tat kam es nämlich nach dieser Konferenz in Kroatien zum Abschluss einer sozialen Tarifvereinbarung für den Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit. Als Schlüsselprobleme wurden vor allem der Dienstleistungspreis und die Problematik der Ausbildung von Sicherheitspersonal, insbesondere jedoch ferner hervorgehoben, dass die private Sicherheit in einem zu großen Maße den staatlichen Behörden unterliegt, die praktisch über alle Fragen ihrer Funktion entscheiden.

Die nächste Projektkonferenz wurde am 11. und 12. September 2008 in Ungarn in Budapest organisiert. Die Konferenz fand einen sehr hohen Anklang und an dieser nahmen neben den Vertretern der Sozialpartner bedeutende Staatsfunktionäre, die Staatssekretärin zur Vorbeugung der Kriminalität in Ungarn, Frau Katalin Gönczöl, und Herr László Herczog, der Vertreter des Arbeitsministeriums, teil. An der Konferenz wirkte auch der Vertreter der CoESS, Herr Eduardo Cobas Urcelay mit. Auf der Konferenz wurde festgestellt, dass Tarifverträge aufgrund einer größeren Zahl von Gewerkschaften nach Sektoren abgeschlossen werden und dass das Problem der grauen Ökonomie (insbesondere wenn das Sicherheitspersonal wesentlich länger arbeitet, als dieses sozial gemeldet ist), in Bezug darauf jedoch auch die Nichtachtung der Pflichtpausen während der Arbeit vorherrscht. Nach den Feststellungen von Dr. József Kaló stellen die großen Gesellschaften ein besonderes Problem dar, die niedrige Preise anbieten und die Gestaltung der Mindeststandards nicht unterstützen. Obwohl der Mindestlohn festgesetzt ist, ist das Problem dadurch nicht gelöst, da die Arbeitszeit nicht geregelt ist und das Sicherheitspersonal die volle Arbeitszeit auch um mehr als das Doppelte überschreitet. Insbesondere wurden die Probleme der illoyalen Konkurrenz, Schwarzarbeit, der grauen Ökonomie als auch die Gehälter des Sicherheitspersonals behandelt, die nicht einmal die Mindestlöhne erreichen (dieser beträgt in Ungarn 2,7 EUR/h). Nach Ansicht des Vertreters der ungarischen Kammer MBVMSZ wäre es zwingend erforderlich, dass das Gesetz über die öffentlichen Bestellungen die Festsetzung des Mindestpreises für Dienstleistungen des privaten Wachdienstes ermöglicht. Dieser Preis müsste dem Sicherheitspersonal zumindest die Mindestgehaltsstufe gewährleisten und müsste laut den gegenwärtigen Angaben zumindest in einer Höhe von 4,5 EUR/h gestaltet werden. Es wurden auch ein zu großer Einfluss des Staates auf den Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit und der Bedarf nach einer höheren Einstufung dieser Tätigkeit im Wirtschaftsbereich festgestellt. Ebenso wurde auch die Verwandtschaft der Problematik festgestellt, die die Situation der privaten Sicherheit in Ungarn anhand der Problematik bestimmt, die man in diesem Bereich in Bulgarien vorfindet.

Die nächste Projektkonferenz wurde in Slowenien organisiert, und zwar am 9. und 10. Oktober 2008 in Bled. An der Konferenz nahmen Herr Samo Hribar Milič, der Generaldirektor der GZS (Slowenische Industrie- und Handelskammer), Herr Mag. Dušan Semolič, der Vorsitzende der stärksten slowenischen Gewerkschaft ZSSS (Bund freier Gewerkschaften Sloweniens), der Generaldirektor des zuständigen Direktorats des MNZ (Innenministerium), Herr Mag. Srečko Jarc und die Direktorin des SIST (Slowenisches Standardisierungsinstitut), Frau Mag. Marjetka Strle Vidali, als auch der Vertreter der CoESS, Herr Eduardo Cobas Urcelay und die FES, Herr Frank Hantke, teil. Auf der Konferenz wurde die Lage der privaten Sicherheit in Slowenien und die Abhängigkeit des Erfolgs des sozialen

Dialogs im Hinblick auf den bestehenden Stand behandelt. In diesem Zusammenhang wurde auf die unzutreffenden Lösungen in der Gesetzgebung hingewiesen, die sich auf die private Sicherheit beziehen und die die Folge einer unzutreffenden Einstellung des MNZ gegenüber der privaten Sicherheit in letzter Zeit sind. Darauf wies auch Dr. Mitja Horvat von der Juristischen Fakultät der Universität Ljubljana gesondert hin, der das MNZ dazu aufforderte, die Lage zu erforschen, die dieses Ministerium durch die Änderung der Gesetzgebung herbeigeführt hat. Gleichzeitig kritisierte er scharf die unzutreffenden Verhältnisse des MNZ gegenüber den Vorschlägen der Vertreter der privaten Sicherheitsdienste. In Bezug darauf wurde auch ein Stillstand im Bereich des sozialen Dialogs im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit festgestellt (nachdem es infolge von wesentlichen gesetzlichen Änderungen zu einer Kündigung und dem Außerkrafttreten des Tarifvertrages im Bereich private Sicherheit kam, der in der Vergangenheit seit dem Jahr 2000 wirksam war). Der Vertreter der CoESS, Herr Eduardo Cobas Urcelay, stellte insbesondere die Problematik der Bewertung des besten Angebots im Bereich der privaten Sicherheit gemäß den europäischen beschlossenen Kriterien dar. Die Durchsetzung der Kriterien (die auf einer freiwilligen Entscheidung unter Erkennung der erforderlichen Qualität der Dienstleistungen des privaten Wachdienstes basieren muss) ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für eine korrekte Bewertung der Dienstleistungen der privaten Sicherheitsdienste und dadurch den sozialen Status der Arbeitnehmer in dieser Branche. An dieser Stelle ist noch zu erwähnen, dass auf der Abschlusskonferenz von seiten der slowenischen Gewerkschaft ein zu geringes Interesse seitens der Arbeitgeberverbände (auch Sloweniens) an der Schliessung von Kollektivverträgen angemerkt wurde.

Auf der Konferenz wurde auch eine Reihe wichtiger Beschlüsse gebildet, die wir gemeinsam mit den Beschlüssen der jeweiligen zweiten Konferenzen im abschließenden Teil dieses Berichtes vorstellen und die den Ausgangspunkt für die nächste Phase dieses Projekts bilden.

Auf der Konferenz wurden folgende Beschlüsse verabschiedet:

- es ist dringend der Aufbau eines systematisch aufeinander abgestimmten kompatiblen rechtlichen Rahmens – die Zusammenarbeit aller Faktoren, der Fachwelt, der Gewerkschaft und des MNZ – erforderlich
- im Rahmen des SD sollten die spezifischen Fragen der Branche geregelt werden, wobei die Regelung dieser Fragen im Tarifvertrag ein präventives Korrektiv gegen die illoyale Konkurrenz darstellen muss – Aufgabe der Sozialpartner
- die Ausbildung und Schulung – die zweifellos einer der wichtigsten inhaltlichen Teile des SD ist – muss die Qualitätssteigerung und damit auch eine bessere Branchenbewertung zum Ziel haben – Aufgabe aller Faktoren, der Fachwelt, CPI, der Gewerkschaft, des MNZ, der entsprechenden Fachinstitutionen
- Vorbereitung und Durchsetzung sowie Anwendung der Standards – es muss der Standpunkt eingenommen werden, dass sich die Fachwelt aktiver in die Entwicklung und Durchsetzung der Standards einbinden muss – Aufgabe der Fachwelt, des SIST, des MNZ
- die Zusammenarbeit der Polizei und der privaten Sicherheitsdienste muss verbessert werden – Aufgabe der Fachwelt, des MNZ, der Polizei, der Gewerkschaft
- die Aufsicht muss gesetzmäßig, legitim und insbesondere auch ethisch und unabhängig erfolgen – Aufgabe des MNZ, der Polizei, der Fachwelt, der Gewerkschaft – es stellt sich die Frage, ob es angebracht ist, dass die Aufsicht im

bestehenden Umfang auch von demjenigen Teil der Polizei durchgeführt wird, der mit dem privaten Sicherheitsdienst zusammenarbeiten soll

- eine spezielle Aufgabe ist die Sorge um das öffentliche Bild der privaten Sicherheit – die Sorge dafür liegt auf Seiten der Fachwelt

Die nächste Konferenz fand in Bulgarien, und zwar am 13. und 14. November 2008 in Sofia statt. An der Konferenz nahmen die Vertreterin des Innenministeriums aus Bulgarien, Frau Kameliya Kukeva, Herr Milcho Enev, Kommissionär des Innenministeriums aus der Abteilung für polizeiliche Sicherheit, Herr Zhivko Asparuhov, die Sekretärin der Arbeitgeberkonföderation Frau Roumyana Georgieva und Frau Petya Nikolova, Expertin der Agentur für öffentliche Bestellungen, ebenso jedoch auch Herr Eduardo Cobas Urcelay im Namen der CoESS teil. Bei der Diskussion wurden insbesondere die Probleme der Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern, der Bezahlung von Überstunden an Arbeitnehmer und im Allgemeinen der Definition der Zahl der Arbeitsstunden, die Frage der Provisionszahlung und die Frage der Durchführung der Aufsicht erschlossen. Bei der Diskussion wurde festgestellt, dass in Bulgarien seit dem Jahr 2003 im nationalen und sektoralen Bereich ein Rat für den sozialen Dialog vorhanden ist und dass der soziale Dialog darüber hinaus auch auf Regions- und Unternehmensebene stattfindet. In Bezug darauf bestehen auch Unterschiede hinsichtlich der Autoritätsformen zwischen den einzelnen Behörden der Sozialverhandlungen. Im Jahr 2007 wurde ein Abkommen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über die Einkommen der Arbeitnehmer unterzeichnet, wobei man versucht den Einfluss der grauen Ökonomie zu lösen. In Bulgarien gibt es zumindest zwei repräsentative Gewerkschaften und noch mehr Arbeitgeberverbände (wie nach der Präsentation von Herrn Dr. Teodor Dechev, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Vereinigung der Gesellschaften für private Sicherheit, festgestellt wurde). Somit stellt sich aktuell die Frage, wie man den sozialen Dialog zwischen all diesen Organisationen beginnt. Im Jahr 2009 haben bestimmte repräsentative Organisationen ein Abkommen über die Mindeststandards getroffen, jedoch haben einige anderen repräsentativen Parteien dieses Abkommen nicht unterzeichnet. Im Jahr 2008 haben die repräsentativen Parteien ebenfalls einen Tarifvertrag abgeschlossen und ebenso lehnen einige anderen repräsentativen Parteien dessen Unterzeichnung ab. In Bezug darauf war auch der Aufruf zur Vereinigung der Kräfte aufgrund der Vorbereitung der erforderlichen Gesetzgebung vorhanden. In diesem Zusammenhang treten auch negative Erscheinungen an den Tag (illoyale Konkurrenz, Korruption). Es wurden doppelte Maßstäbe festgestellt, die die staatlichen Institutionen haben – diese fordern die Legalität der Geschäftstätigkeit gleichzeitig bezahlen diese jedoch auch selbst den Mindestpreis für die Dienstleistungen des privaten Wachdienstes. In Bezug darauf wurde die Forderung nach dem Abschluss eines Tarifvertrages hervorgehoben. Dabei wurden andererseits die Standpunkte geäußert (Frau Nina Miteva, NAFTAO), dass die Bedeutung des sozialen Dialogs zwar wichtig ist, es andererseits jedoch erforderlich ist, den Vorschlag des Tarifvertrages auszuarbeiten. Gleichzeitig wurde das Problem der Fachausbildungen und der Bedarf nach der Einrichtung eines Ausbildungszentrums sowie der Einführung eines Zertifizierungssystems im Bereich des Erwerbs der Berufsqualifikationen erschlossen. Insbesondere wurde der Bedarf nach der Organisation von derartigen Konferenzen hervorgehoben.

Die nächste Konferenz fand gemäß verabschiedetem Plan am 10. und 11. Dezember 2008 in Bukarest, Rumänien statt. An der Konferenz nahmen auch die Vertreter der rumänischen Polizei, Herr Gudacu Gheorghiu Mihail und Herr Lucian Tomuta, Frau Victoria Caprini von der Institution für Berufsstandards CNFPA und Frau Victoria Stoiciu von der FES für den

Bereich Rumänien teil. Auf der Konferenz wurde festgestellt, dass die private Sicherheit in Rumänien eine junge Branche ist und dass sich auch der soziale Dialog in Entwicklung befindet. Die Einschätzung der sozialen Verhältnisse in Rumänien, dass die Einkommen der Arbeitnehmer niedrig sind, dass das Verhältnis zwischen der aktiven und inaktiven Bevölkerung nicht das Beste ist und dass Migrantenströme in andere EU-Länder vorhanden sind. Der soziale Dialog in Rumänien findet doppelparitätisch (Regierung/Arbeitgeber) statt. Die Struktur der Sozialpartner umfasst 5 Gewerkschaftskonföderationen, 11 Arbeitgeberkonföderationen und 21 Branchenförderationen sowie die Tätigkeit auf Unternehmensebene. Die grundlegende Feststellung ist, dass die Arbeitgeber in Rumänien Gewerkschaften ablehnen. Als Interessantheit muss erwähnt werden, dass es auf dem Land mehrere kleinere Gesellschaften gibt, die auf dem Markt der privaten Sicherheit mit Dumpingpreisen konkurrieren. Frau Caprini hob hervor, dass in der Vergangenheit kein sozialer Dialog stattfand, weshalb man in Rumänien gegenwärtig noch auf dem niedrigsten Niveau ist. In Rumänien wäre es zwingend erforderlich, ein flexibles, transparentes Qualifikationssystem und die konstante Ausbildung von Erwachsenen einzuführen, dies gilt insbesondere für den Bereich der privaten Sicherheit. Insbesondere ist zu bemerken, dass in Rumänien ein Vorschlag zur Liberalisierung des Marktes der privaten Sicherheit behandelt wird. Es ist festzustellen, dass die Konferenz in Rumänien einen bedeutenden Ansporn sowohl hinsichtlich der Bedarfsermittlung, als auch hinsichtlich der Bestimmung der Art und Weise des sozialen Dialogs im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit dargestellt hat. Auf jeden Fall ist die abschließende Feststellung, dass die Entwicklung in diesem Bereich in Rumänien in der Tat noch in den Anfängen steckt.

Gemäß verabschiedetem Programm wurde am 22. und 23. Januar 2009 die Konferenz in Vilnius, Litauen organisiert. Es ist hervorzuheben, dass zur erfolgreichen Organisation dieser Konferenz in großem Maße die litauische Gewerkschaftsorganisation LPSDPS beigetragen hat. In Litauen ist die private Sicherheit selbstverständlich vorhanden, jedoch ist die Arbeitgeberseite sehr schwach organisiert, und zwar in dem bescheidenen Verband, den Herr Julius Adomaitis, der Vertreter der Gesellschaft KOMANDA, leitet. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass laut Angaben der Vertreter der litauischen Gewerkschaft die Situation in Lettland nicht viel besser bzw. sogar noch schwieriger ist. In Litauen wird die Situation in Bezug auf die private Sicherheit ferner durch die illoyale Konkurrenz erschwert. Der soziale Dialog findet zwischen den Arbeitgebervertretern (LPK, VDK) und den Gewerkschaften, insbesondere LPSK, Solidarumas und Dabro Föderation, statt. Der soziale Dialog findet in Form eines drittelparitätischen Systems auf Staats-, Institutions- oder Gemeindeebene statt, wobei für die Entwicklung des sozialen Dialogs Regierungsprogramme und einzelne Projekte durchgeführt werden. An der Konferenz nahm auch der Vorsitzende des Litauischen Gewerkschaftsbundes, Herr Artūras Černiauskas, teil, in welchem 26 verschiedene Branchen zusammengeschlossen sind. Es ist zu erwähnen, dass die sozialen Verhältnisse in Litauen schwierig sind und dass es sozusagen kurz vor unserer Konferenz in Litauen zu einem größeren Massenprotest kam. Herr Sergejus Glovackas, der Koordinator des ITUC/PERC, stellte den Stand des sozialen Dialogs im Bereich der privaten Sicherheit in den Baltikumländern vor. In diesen Ländern ist der Zustand in diesem Bereich schwierig. Auch die anderen Referenten (Herr Saulius Tulevicius, Generaldirektor des „G4S Litauen“, Dr. Nerijus Kasiliauskas, Rechtsanwalt) stellen sowohl in der Beziehung zu den Gewerkschaften als auch hinsichtlich der Führung des sozialen Dialogs eine schwierige Situation fest. Die Verhandlungen zum Abschluss eines Tarifvertrages haben im Jahr 2003 begonnen, jedoch kam es bislang nicht zum Abschluss eines sektoralen, territorialen oder nationalen Tarifvertrages. In Litauen ist derzeit lediglich die Form des Tarifvertrages auf

Ebene eines einzelnen Unternehmens vorhanden. Herr Algirdas Sysas, Mitglied des litauischen Parlaments, hob die unzutreffende Praxis hervor, laut welcher die Entscheidungen im Voraus gefällt werden und erst nach deren Fällung die Diskussion eröffnet wird, was auch Protestversammlungen hervorgerufen hat. Ein großes Problem ist, dass das Ministerium die Gesetzgebung ohne Berücksichtigung der Meinungen der anderen Partner ändert. Aus den Diskussionen konnte man das Fazit ziehen, dass es in Litauen im Bereich der privaten Sicherheit notwendig ist, die Fragen der Berufsqualifikationen, der Mindestqualitätsstandards und der Preisgestaltung zu lösen. Die Konferenz stellte einstimmig folgendes fest:

- der soziale Dialog zwischen den Partnern der privaten Sicherheit entwickelt sich, jedoch ist die Situation nicht einfach, insbesondere sind die derzeitigen ökonomischen Umstände nicht optimistisch
- für einen erfolgreichen sozialen Dialog ist unbedingt Zeit erforderlich, wobei man feststellen muss, dass die litauischen Gewerkschaften aktiv sind, jedoch das Niveau der Zusammenarbeit der Arbeitgeberverbände unbedingt angehoben werden muss
- für einen sozialen Dialog ist die Zusammenarbeit mit dem Staat zwingend erforderlich.

Die letzte vorgesehene Konferenz fand am 26. und 27. Februar in Warschau, Polen statt. Die Konferenz war außerordentlich gut besucht und an dieser wirkten eine Reihe von bedeutenden Staatsfunktionären, als auch die Vertreter der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sowie Experten im Bereich der privaten Sicherheit, insbesondere aus dem Ministerium für innere Angelegenheiten und Administrationen, Herr Andrezej Przemyski und Herr Cezary Galwas, von der Hauptpolizeiverwaltung Frau Katarzyna Olejnik, vom Amt für öffentliche Bestellungen Frau Dr. Izabela Rzepovska, die Aufsichtsbeamtin Frau Michał Czeszejko – Sochacki, Leiterin der Abteilung zur Vorbeugung der nationalen Polizeibehörde mit. Unter den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände möchten wir jedoch insbesondere Frau Dorota Godlewsko vom PZP Ochrona und Herrn Krzysztof Zgoda von der Gewerkschaft NSZZ „Solidarność“ erwähnen. An der Konferenz nahmen auch der Vertreter der FES, Herr Clemens Rode, und der Vertreter der CoESS, Herr Eduardo Cobas Urcelay, teil. Auf der Konferenz wurde festgestellt, dass auf dem polnischen Markt ca. 200.000 Wachmänner tätig sind, für welche das Innenministerium die Genehmigungen erteilt, welches diesen Tätigkeitsbereich auch überwacht. Das Gesetz im Bereich der privaten Sicherheit wurde im Jahr 1997 verabschiedet, inzwischen wird jedoch seit dem Jahr 2007 ein neues Gesetz ausgearbeitet, in welchem insbesondere die Frage hinsichtlich der Beschäftigung von Sicherheitspersonal geregelt sein soll (Einholung der Gesundheitszeugnisse, Prüfung der Bedingungen zum Tragen von Waffen). Auf der Konferenz wurden auch die derzeitigen Schlüsselverhältnisse herausgestellt, so auch die Auswirkung der Wirtschaftskrise auf die Entwicklung der privaten Sicherheit. Es wurden die bestehenden Verhältnisse in der privaten Sicherheitsbranche bewertet, in der die Arbeit des Sicherheitspersonals ausgesprochen unterbewertet ist (der Preis beträgt 1,5 EUR/h). Dabei ist der Preis immer noch das Schlüsselkriterium für die Wahl des Anbieters von Dienstleistungen des privaten Sicherheitsdienstes. Im Hinblick auf die angeführten Verhältnisse herrscht im Tätigkeitsbereich der privaten Sicherheit eine große Fluktuation der Arbeitskräfte. Jedoch ist in letzter Zeit hinsichtlich des Eintritts der Wirtschaftskrise eine Erhöhung der Zahl der Jobsuchenden im Bereich der privaten Sicherheit wahrzunehmen. Insbesondere wurden auch die Schwierigkeiten im Bereich der öffentlichen Bestellungen, insbesondere in Bezug auf die Berücksichtigung des niedrigsten Preisangebotes als ausschließliches Auswahlkriterium zur Einholung des Geschäfts vorgestellt. Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass bislang kein

Anbieter aufgrund der vergangenen Missstände durch den Ausschluss der Bewerbungsmöglichkeit auf eine Ausschreibung zur Arbeitsbeschaffung im Bereich der privaten Sicherheit sanktioniert wurde. Es wurde auch der geäußerte Bedarf nach der Einführung der Zertifizierung bzw. Standardisierung der Dienstleistungen des privaten Sicherheitsdienstes behandelt, sowie, dass im Bereich der öffentlichen Bestellungen die Festsetzung des Mindestpreises für die jeweiligen Dienstleistungen des privaten Sicherheitsdienstes ermöglicht wird.

Auf der Konferenz wurden folgende Beschlüsse verabschiedet:

- das Gesetz über öffentliche Aufträge muss reguliert werden, so dass ein Mindestpreis für die Ausübung von Dienstleistungen des privaten Wachdienstes definiert wird
- es ist nötig, die Arbeitsbedingungen und die Aufgaben der Arbeiter zu definieren
- es ist nötig, die Standards auf dem Gebiet des Wachdienstes zu definieren und durchzusetzen

Wegen der schweren Situation auf dem Gebiet der Organisation des privaten Sicherheitsdienstes in den Republiken Tschechien und der Slowakei ist es uns gelungen, nach langwierigen Versuchen den Kontakt mit den kompetenten Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften in diesen zwei Staaten aufzunehmen, am Ende des Projekts eine Sitzung mit Herrn Rudolf Kubásek, dem Vorsitzenden der Bank- und Versicherungsgewerkschaft und mit Herrn Tomáš Kubíček, dem Handelsdirektor von G4S, am 10.03.2009 zu organisieren. An der Sitzung haben seitens des Projektkoordinators ZRSZV (Kammer für den privaten Sicherheitsdienst der RS) der Vorsitzende Hr. Ingo Paš und seitens der Gewerkschaft Hr. Hans D. Brauns teilgenommen. Bei der Sitzung wurde festgestellt, dass auf der Seite der Arbeitgeber eine besondere Vereinigung besteht, die jedoch kein Recht hat, die Tarifverträge abzuschließen. Die Gewerkschaftorganisation ist Mitglied in der UNI Europe. In der Tschechien ist der private Sicherheitsdienst in Banken aufgetreten. In Tschechien besteht für den physischen Wachdienst ein Tarifvertrag. Bei diesem Tarifvertrag wird zwischen dem physischen Wachdienst und dem Geldtransport differenziert. In Tschechien ist der private Sicherheitsdienst gesetzlich nicht geregelt, es gibt über 2000 Unternehmen, hierunter auch einige größere, wie z.B.: Securitas, Group 4, Abel, Feniks. Zusammen gibt es ca. 55.000 Beschäftigte bei Sicherheitsfirmen. Man versucht den privaten Sicherheitsdienst gesetzlich zu regeln. Es gibt eine Regierungsregelung, die bestimmt, dass die Personen, die auf dem Gebiet des Sicherheitsdienstes arbeiten, überprüft werden müssen. Dabei wurde die Feststellung der Unbescholtenheit nicht vorgeschrieben und die Unbescholtenheit ist bis jetzt noch immer keine Bedingung für die Ausführung von Sicherheitsdiensten. Die Feststellung der Unbescholtenheit sollte in der Übergangszeit bis Ende des Jahres 2012 erfolgen. Die Überprüfung der Unbescholtenheit bleibt so immer noch eine interne Unternehmenssache. Ebenso wurde bisher keine Schulung des Sicherheitspersonals vorgeschrieben (größere Unternehmen, wie Group 4 ga führen die Schulung deswegen nur nach eigenen Programmen durch). Mit dem 01.01.2009 ist die besondere Regierungsregelung in Kraft getreten, mit welcher die Grundlagen für die Schulung des Sicherheitspersonals geregelt werden und die für diese Schulung eine Übergangszeit von drei Jahren bestimmt. Es gibt aber ein Sonderproblem, dass es noch keine erforderliche Ausführungsregeln gibt, durch welche die Ausführung der Schulung möglich wäre. Gemäß dieser Regelung muss das Ministerium für Schulwesen entsprechende Lehrprogramme ausarbeiten (diese Programme werden für Sicherheitspersonal in dem vorgesehenen Umfang von 150 Stunden ausgearbeitet). Als Bedingung für die Schulung gilt der erfolgreiche Schulabschluss der Mittelschule (Abitur)

bzw. muss derjenige, der kein Abitur bestanden hat, eine besondere Prüfung bestehen, dabei sind der Inhalt und das Verfahren dieser Prüfung noch nicht bestimmt. Für die Arbeit auf dem Gebiet des Sicherheitsdienstes sind das Mindestalter von 18 Jahren und der Abschluss einer Mittelschule vorgeschrieben. Es besteht die Regierungsregelung über Mindestlohn, sonst gibt es auf dem Lohngebiet keine zusätzlichen Vorschriften. Für die Arbeitszeit von 162 bis 168 Stunden pro Monat betragen die Löhne für Sicherheitspersonal um die 400,00 EUR brutto. Diesbezüglich ist zu bemerken, dass sich die Löhne auf dem Gebiet des Sicherheitsdienstes auf einer minimalen Ebene befinden. Nach der Regelung des Arbeitsverhältnisses werden 25 % Zuschlag für die Überstunden, 10 % für die Nachtschicht und 100 % für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen anerkannt. Die Risikoarbeitsbedingungen (Gefahr) werden nur in internen Ordnungen der Gesellschaften für privaten Sicherheitsdienst bewertet. Für die Regelung der angeführten Fragen besteht kein Branchenvertrag. Das Sicherheitspersonal wird offiziell nicht evidentiert (es besteht kein Register, sie haben keine Dienstaussweise). Für die Ausführung des Sicherheitsdienstes ist es nicht erforderlich, dass das Sicherheitspersonal beschäftigt ist. So besteht eine Agentur, die das Sicherheitspersonal an die Ausfühler des Sicherheitsdienstes ausleiht. Für das Sicherheitspersonal wurde auch bisher nicht vorgeschrieben, dass sie einen besonderen Ausweis (Dienstaussweis) haben müssen, jetzt gilt die neue Regelung, gemäß welcher sie diese erlangen müssen. Für die Polizeibeamten gibt es beim Übergang in den Sicherheitsdienst keine Beschränkungen. Im Bezug darauf, dass der private Sicherheitsdienst gesetzlich nicht geregelt ist, bestehen Schwierigkeiten bei der Ausführung dieser Aufgaben, besonders dann, wenn der Bewacher eingreifen muss. So kann er einer Person nur für kürzere Zeit die Bewegung einschränken. Weil es keine gesetzliche Regelung gibt kommt es auch zu Konfliktsituationen zwischen dem Sicherheitspersonal und den anderen Leuten.

In der Slowakei besteht eine sehr strenge gesetzliche Regelung, jedoch ist die Situation ziemlich untransparent.

1.7. Feststellungen und Leistungen des Projekts

Die Projektausführung in den angeführten Staaten, neuen EU Mitgliedstaaten gibt die Grundlage für die Bildung folgender Feststellungen:

1. Der private Sicherheitsdienst als spezifische, sozialbezogen sehr empfindliche und im Bezug auf die gegenwärtigen Gefahren erforderliche Tätigkeit ist, zwar in der unterschiedlichen Entwicklungs- und Rechtsordnungstufe, in allen Staaten, neuen EU-Mitgliedstaaten, wie auch in beiden Staaten, die sich in der Beitrittsphase in die EU befinden (Kroatien und Mazedonien), anerkannt.
2. Die Rechtsordnung und die wirtschaftliche Entwicklung des privaten Sicherheitsdienstes in den angeführten Staaten – Mitglieder des Projektes, befindet sich auf unterschiedlichen Stufen, besonders bezüglich der Regelung der sozialen Rechte der Beschäftigten in dieser Tätigkeit; dabei befindet sich die Entwicklung der angeführten Verhältnisse:
 - a. in baltischen Staaten ziemlich am Anfang (mit Ausnahme der großen transnationalen Wirtschaftsgesellschaften, die auf diesem Gebiet präsent sind)
 - b. ebenso untransparent und mit großen Schwierigkeiten verbunden in Tschechien und in der Slowakei (trotzt der verschiedenen Stufen der

Rechtsordnung und trotz der erwähnten Ausnahme, die für große, auf diesem Gebiet präsenste, transnationale Wirtschaftsgesellschaften gilt)

- c. ebenso bestehen große Entwicklungsschwierigkeiten in Ungarn, Rumänien und Bulgarien, obwohl mit großen Unterschieden auf dem Gebiet der Rechts- und Sozialdialogsordnung und zwar besonders in Ungarn bezüglich der Prinzipien der Arbeitgeberorganisation, in Rumänien und Bulgarien jedoch vor allem im Bezug auf den Status der Tätigkeit und die Regelung der Arbeiterrechte in der Branche des Sicherheitsdienstes sowie des fehlenden Sozialdialogs (in Rumänien) bzw. wegen der Schwierigkeiten für den vollberechtigten Abschluss und Anerkennung des erreichten Einvernehmens auf diesem Gebiet (in Bulgarien)
- d. ebenso wird das Gebiet des privaten Sicherheitsdienstes in Polen durch die Abwesenheit der gesellschaftlichen Regelung der Arbeiterrechte in dieser Branche gekennzeichnet, wobei die Tätigkeit gesetzlich zwar geregelt ist, jedoch die Bewachungstätigkeit selbst ausgesprochen unterschätzt und die festgestellten Verstöße bei Geschäftserwerbung unsanktioniert sind (besonders auf dem Gebiet der Geschäftserwerbung auf Grund von öffentlichen Aufträgen)
- e. in Slowenien und in Kroatien ist das Gebiet des privaten Sicherheitsdienstes seit 1994 bzw. 1996 gesetzlich geregelt, mit wichtigen, jedoch verschiedenen offenen Fragen im Verhältnis zur Behörde und mit der bestimmten Entwicklung und der bestimmten Stufe der Regelung von Sozialrechten der Arbeiter in dieser Branche. In Slowenien trat der Tarifvertrag in dieser Branche im Jahr 2000 in Kraft; als Folge einer Gesetzänderung gilt dieser ab 2006 nicht mehr und wurde in weiteren Versuchen der erneuten Regelung der Verhältnisse auf dieser Ebene bisher nicht neu abgeschlossen. In Kroatien hat es wegen des spezifischen Verhältnisses des Staates gegenüber privaten Sicherheitsdiensten in der Zeit vor der, auf Grund dieses Projekts, in diesem Staat ausgeführten Konferenz keine Verhandlungen zum Zweck des Tarifvertragsabschlusses gegeben. In Kroatien hat man infolge des Projektes nachträglich einen entsprechenden Branchenkollektivvertrag geschlossen.

Die Projektausführung in angeführten Staaten, neuen EU Mitgliedstaaten hat bisher folgende positive Entwicklungsbewegungen und sogar Ergebnisse bedingt:

- Einschaltung der polnischen Arbeitgeberorganisation zur Zusammenarbeit im Projekt und Anregung des Sozialdialogs zur Regelung der nicht entsprechenden Verhältnisse auf dem Gebiet der öffentlichen Aufträge
- Fortschritt auf dem Gebiet der Organisation der Verhältnisse zwischen den repräsentativen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen in Bulgarien und Möglichkeiten des Abschlusses von Branchentarifvereinbarungen
- Entwicklung auf dem Gebiet des konstruktiven Entwicklungsdialoges zwischen den repräsentativen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen mit der Unterstützung der kompetenten staatlichen Agentur und Branchentarifvertragabschluss in Kroatien, zu welchem es bald nach unserer Konferenz tatsächlich gekommen ist
- Unterstützung der positiven Vorschläge zur Regelung der offenen Fragen des privaten Sicherheitsdienstes und die Unterstützung der bereits bestehenden Prozeduren der entsprechenden Lösungen des Sozialdialoges in Ungarn
- Unterstützung der Gesetzänderung und des Gebietes der öffentlichen Aufträge in der

- Harmonisierung mit Prinzipien des bewährten Verfahrens in Slowenien
- Herstellung der Grundverhältnisse zwischen den Auftragnehmern des privaten Sicherheitsdienstes und den Gewerkschaften auf diesem Gebiet und in Bezug darauf die Grundmöglichkeiten für den Anfang des Sozialdialoges in Rumänien
 - Der Sozialdialog zwischen den Partnern auf dem Gebiet des privaten Sicherheitsdienstes in Litauen entwickelt sich. Die Situation ist nicht einfach und die momentanen wirtschaftlichen Verhältnisse sind nicht optimistisch. Für einen erfolgreichen Sozialdialog ist die Zeit dringend erforderlich, dabei kann man feststellen, dass die litauischen Gewerkschaften aktiv sind, jedoch ist es dringend, die Ebene der Zusammenarbeit mit Arbeitgebervereinigungen zu erhöhen.

2. Das Verhältnis des Projektes zu den Zielen der Haushaltlinie

Zentraler Arbeitsgegenstand des Projektes waren Förderung und Ausbau des sozialen Dialogs in der Sicherheitsindustrie der neuen Mitglieds- und Kandidatenländer und entsprach damit, wie dies auch in dem vorausgehenden Bericht dargelegt wurde, unmittelbar den Zielen der Haushaltlinie.

3. Die transnationale Dimension des Projektes

Die transnationale Dimension des Projektes war äußerst wichtig, wobei die Möglichkeit für ihre Durchsetzung gegeben wurde, damit dass:

- auf Grund der reichlichen Vorbereitung auf die Ausführung des Projektes, in welcher alle Partner mitgewirkt haben, wesentliche thematische Zusammenhänge der Konferenzen in einzelnen Projektpartnerstaaten genau definiert wurden
- die Projektpartner zusammen mit der jeweiligen Gewerkschaftsorganisation in ihrem eigenen Staat den genauen thematischen Konferenzteilungsplan vorbereitet, die Redner und den Sitzungsstundenplan bestimmt und den interessierten Kreis der Konferenzbeteiligten aus dem Staat der Konferenz eingeladen haben
- sich andere Partner bei jeder Konferenz mit der spezifischen Grundproblematik des Sozialdialoges des privaten Sicherheitsdienstes im Gastland bekannt gemacht haben und zum offenen Dialog und zur Vorstellung der Verhältnisse im Land sowie eigener Blick- und Ausgangspunkte herausgefordert wurden
- die Projektpartner in der Zeit der Projektausführung einen immer tieferen Einblick in den Stand und in die Entwicklungsnotwendigkeit und damit das Wissen über die Entwicklungsmöglichkeiten auf diesem äußerst empfindlichen Gebiet im eigenen Land bekommen haben
- die Projektpartner ein immer klareres Bild über den Stand der Entwicklung des Sozialdialoges in dieser Branche im eigenen Land, über die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Bewältigung von Hindernissen für den erfolgreichen Sozialdialog sowie über die Notwendigkeit der gegenseitigen Unterstützung bei der Bewältigung der Hindernisse auf diesem Weg bekommen haben
- die Projektpartner wichtige Erkenntnisse über die Bedürfnisse und Möglichkeiten der gegenseitigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Bewältigung von Hindernissen und der gegenseitigen Unterstützung bei der Verbesserung des

sozialen und wirtschaftlichen Status der Branche und für die gegenseitige Unterstützung auf dem Gebiet der Branchenentwicklung erworben haben

Die Ausführung des Projektes hat bedeutend beigetragen, nicht nur zum aktivem Austausch der Stellungnahmen und zur Erkennung der konkreten Verhältnisse auf diesem Gebiet bei einzelnen Projektmitgliedern, sondern auch zu einzelnen tatsächlich positiven Bewegungen auf den sachbezogenen Gebieten der Projektmitgliedstaaten (in Polen, Kroatien und teilweise auch in Bulgarien und Rumänien) und hat in einem klaren Licht die bestehenden Entwicklungsstufen in den Projektmitgliedstaaten gezeigt, die für die Fortsetzung dieses Projektes dringend sind.

4. Die Einbindung der Partner und Akteure

Wie wir erwähnt haben, waren die Projektpartner bereits aktiv in die Vorbereitung und Ausführung der internationalen Konferenzen sowie auch in der Auswahl der spezifischen Themen für die Konferenz eingeschlossen; dabei haben sie aktiv bei der Vorbereitung von Beschlüssen der einzelnen Konferenzen mitgewirkt. Bei der Ausführung der internationalen Konferenz in Litauen hat wegen der Abwesenheit von repräsentativen Arbeitgeberorganisation die Gewerkschaftsvereinigung eine wirksamere Rolle übernommen. In Polen ist es gelungen, die repräsentative Arbeitgebervereinigung zur aktiven Mitarbeit bei der Ausführung des Projektes einzubeziehen, die eine wichtige Funktion bei der Konferenzorganisation und -führung geleistet hat, in Kroatien ist es gelungen, die Gewerkschaft, die bisher nicht mitgewirkt hat, einzubeziehen. Im Bezug auf die kritischen Verhältnisse und auf die mangelhafte Zusammenarbeit in dem Verhältnis zwischen der Arbeitgebervereinigung und der Gewerkschaft bedeutete die Organisation der gemeinsamen Konferenz in Rumänien einen wichtigen Fortschritt. In Ungarn fehlt der Fortschritt im Bezug auf die Mitarbeit mit der gesetzlich bestimmten Arbeitgebervereinigung mit der Pflichtmitgliedschaft und somit die Möglichkeit für eine Entwicklung des Sozialdialoges auf demokratischen Grundlagen dieses Landes.

5. Der Beitrag der Projektpartner

Der Beitrag der Partner war bei der Vorbereitung der Themen, der Redner und des Konferenzverlaufes sowie bei der Gestaltung der Abschlüsse im Rahmen der Staaten sehr wichtig – in Litauen hatte die Gewerkschaft eine wichtige Rolle.

6. Der europäische Mehrwert des Projektes

Dem Projekt verliehen den zusätzlichen Wert bedeutende Abschlüsse für die Organisation und Klärung von Problemen des Sozialdialoges in der Tätigkeit des Sicherheitsdienstes, aktuelle Darstellungen der Lage und der Probleme des Sicherheitsdienstes, aus der Sicht der repräsentativen Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen sowie der zuständigen Behörden und die Einstellung und Gestaltung der aktuellsten Programmausgangspunkte für die Klärung der Entwicklungsdilemmas in beteiligten Staaten auf diesem Gebiet.

7. Öffentlichkeitsarbeit und Verbreitung der Ergebnisse

Das Projekt wurde in den Staaten der Ausführung von Medien verfolgt, ebenso wurde der gesamte Verlauf in Englisch und Deutsch auf der Webseite unserer Kammer: www.zrszv.si veröffentlicht.

Wie bereits erwähnt, haben wir versucht, auch die Öffentlichkeit über den Verlauf unserer gemeinsamen Arbeit und Zusammenarbeit im Rahmen der einzelnen internationalen Konferenzen zu informieren. Dem Protokoll sind einzelne Veröffentlichungen in Medien beigelegt.

8. Weitere Vorkehrungen für eine nachhaltige Wirkung des Projektes

Es wird eine gedruckte Version aller Beiträge im Rahmen der internationalen Konferenzen vorbereitet. Wir werden auch eine kürzere Zusammenfassung des Protokolls und der Abschlüsse in Englisch und Deutsch und in den nationalen Sprachen der Beteiligten an den Konferenzen in Form der PowerPoint-Darstellung vorbereiten.

9. Erfahrungen aus der Projektarbeit

Mit diesem Projekt haben sich die Beteiligten mit Hauptproblemen des Sozialdialogs im Bezug auf den aktuellen Stand in der Tätigkeit des privaten Sicherheitsdienstes im Rahmen der beteiligten Staaten bekannt gemacht und mit der vergleichenden Analyse die gemeinsamen Faktoren, die den festgestellten Zustand in den Projektmitgliedstaaten beeinflussen und gleichzeitig die spezifischen Erscheinungen und Ursachen, entdeckt; die gewonnenen Erfahrungen spiegeln sich in den Feststellungen und Vorbereitungsbeschlüssen der einzelnen Konferenzen wieder – in diesem Bezug können diese Feststellungen und Beschlüsse eine wichtige Grundlage bei der Vorbereitung der Problemausgangspunkte für die Harmonisierung der Rechtsordnung in dieser Tätigkeit und im Rahmen der EU bedeuten.

10. Planungen für Nachfolgemassnahmen

Ja, ein solcher Plan für die Projektfortführung besteht bereits. Dieses Projekt wurde auch in seinem Entwurf und in seinen Ausgangspunkten als Ausgangspunkt für weitere dringende Schritte bestimmt, die auf diesem heiklen Gebiet der wirtschaftlichen Tätigkeiten zur wesentlich besseren Situation führen sollen, so auf dem Gebiet der Harmonisierung wie auch auf dem Gebiet der dringend erforderlichen wirtschaftlichen, fachbezogenen und ethischen Stabilisierung. Der Ausgangspunkt dieses weiterführenden Projekts sind die Schlussfolgerungen, zu welchen wir im Rahmen des vorhandenen Projektes gekommen sind und die Notwendigkeit, dass in das Projekt alle neuen EU Mitgliedstaaten einbezogen werden, welche in dieser ersten Phase nicht eingeschlossen werden konnten (besonders die Slowakei und Tschechien). Eine weitere Phase des Projektes soll möglichst konkrete Ausgangspunkte auch für den Umfang der europäischen Harmonisierung dieses äußerst empfindlichen und wichtigen Wirtschaftsgebietes geben. Den momentan mitwirkenden Projektpartnern haben wir bereits neue Briefe über die Absicht der Zusammenarbeit weitergeleitet. Wir können erwähnen, dass wir von den meisten Partnern eine positive Stellungnahme zur Fortführung

bei diesem Projekt schon bekommen haben. Eine resolute Unterstützung für die Projektförderung haben wir auch vom hohen Vertreter des FES bekommen. Derartige Reaktionen bestätigen die Bedeutung und Notwendigkeit dieser internationalen Zusammenarbeit und die Bemühungen bei der Suche von gemeinsamen bzw. ähnlichen Lösungen für einzelne Probleme auf unserem gemeinsamen Gebiet des privaten Sicherheitsdienstes.

Im Bezug darauf, dass es sich um eine junge, heikle Tätigkeit handelt, die mit Risikofaktoren und großen Entwicklungsmöglichkeiten verbunden ist und sich in unserem europäischen Raum in verschiedenen Entwicklungsstadien befindet und immer noch nicht harmonisiert ist, ist es nach unserer Überzeugung dringend, folgenden Schritt zu machen – nach der Feststellung des vorhandenen Entwicklungsstadiums im Sozialdialog in dieser Tätigkeit und nach dem Startfortschritt in einzelnen Staaten (das haben die Resultate dieses Projektes gebracht) auf einzelnen Ebenen in einzelnen Gruppen der Staaten weitere dringende Schritte für den Fortschritt der sozialen Verhältnisse in dieser Branche und damit für die Gestaltung der wesentlichen Bedingungen ihrer Harmonisierung im europäischen Raum festzustellen.